

(Version Januar 2026: öffentlich)

Über den Platz von Migrant:innen-Organisationen in der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur

Ein „Working Paper“ aus dem Projekt *GLEICH teilhaben* (2023–25)

Inhaltsverzeichnis

1. Worum es geht.....	2
2. Ausgangspunkte.....	4
3. Strukturbilder.....	6
3.1. Dortmund.....	7
3.2. Mönchengladbach.....	9
3.3. Nürnberg.....	11
3.4. Landeshauptstadt Dresden.....	14
3.5. Halle an der Saale.....	16
3.6. Einige vergleichende Aspekte.....	19
4. Platzierungstypen: ein Versuch.....	21
Typ I – Symbolisch-kooperativ („Projektpartnerschaft auf Zeit“).....	21
Typ II – Strukturell-kooperativ („Institutionalisierte Partnerschaft“).....	22
Typ III – Partnerschaftliche Steuerung auf Augenhöhe („Strategische Co-Steuerung“).....	22
5. Überlegungen in 10 Punkten.....	25



GLEICH teilhaben: Geflüchtete lokal empowern, inkludieren und Chancengerechtigkeit herstellen



Ein Projekt vom:



Gefördert durch:



1. Worum es geht

Das Projekt GLEICH teilhaben¹ ging und geht – wie auch schon das Vorgängerprojekt samo.fa² – von der gut begründeten Prämissen des Lokalen – dort, wo die Menschen leben – als zentraler Integrationsarena aus. Die Besonderheit seines Ansatzes besteht darin, dass Migrant:innen-Organisationen mit möglichst breiter Verankerung in verschiedenen Communities als lokale Träger eine besonders förderliche Rolle bei Ankommen, Integration und Teilhabe zugeschrieben ist und dies praktisch erprobt wurde und wird. Die beteiligten lokalen migrantischen Organisationen sind auf diese Weise über die Jahre zu lokalen Ankommens- und Integrationsspezialisten geworden, und damit auch der BV NeMO selbst, mit erheblicher Ausstrahlung über die direkt Beteiligten hinaus.

In der Gesamtschau zeigt sich: Engagierte Migrant:innen-Organisationen sind für gutes Ankommen und erfolgreiche Integration „vor Ort“ für Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte nicht mehr wegzudenken. Sie finden Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit, aber ihr systematischer Ort im lokal-kommunalen Integrationsgeschehen ist oftmals immer noch zu wenig geklärt, insbesondere im Hinblick auf ihre zukünftige Rolle ohne entsprechende Projektförderung. „Augenhöhe“ bleibt auch nach Jahren des Engagements noch eine Herausforderung. Ein Grund ist sicherlich darin zu sehen, dass von kommunaler Seite Integration zwar immer stärker als eine Daueraufgabe akzeptiert ist, die hierfür erforderlichen integrativen Strukturen sich aber oftmals eher „naturwüchsig“ entwickelt haben als systematisch entfaltet worden sind. Dennoch zeigt sich: „Die Städte sind anders geworden“³. Viele haben sich geöffnet, ihre Integrationsfelder erweitert und miteinander in Beziehung gesetzt, neue Konzepte entwickelt, also: Ankommen als Daueraufgabe verstanden und bearbeitet. *Im Ergebnis ist über die verschiedenen Kommunen hinweg eine heterogene Landschaft integrativ ausgerichteter Strukturen entstanden.*

Nach zehn Jahren engagierter Arbeit stehen aktive migrantische Verbünde – in welchem konkreten Format sie auch immer agieren – in Deutschland also an einem entscheidenden Punkt ihrer Entwicklung: Sie haben sich vielerorts zu unverzichtbaren Trägern lokaler Ankommens-, Unterstützungs- und Integrationsprozesse entwickelt – zugleich bleibt ihre

¹ Leitungsteam: Dr. Wilfried Kruse, Dr. Andrés Otálvaro, Moritz Makulla, Dr. Jenny Warnecke

² Das von der Stabsstelle der Bundesregierung getragene Projekt *samo.fa* (ein Akronym für: Stärkung der Aktiven aus Migrant*innen-Organisationen in der Flüchtlingsarbeit) lief von 2016-2022 und wurde anfangs an 31 Standorten durchgeführt. Es hat zur Entstehung zahlreicher Verbünde geführt und die Schaffung zahlreicher Vereine vor Ort begleitet. Es wurden insgesamt über 230.245 Teilnehmende erreicht in und rund 82.500 Geflüchtete bundesweit durch die ehrenamtliche Mitarbeit von über 14.000 Aktiven von denen rund 6.000 als Geflüchtete gekommen waren. Elizabeth Beloe, Ümit Koşan, Wilfried Kruse, Martina Möller-Öncü, Andrés Otálvaro, Jenny Warnecke (2025) *Nahe bei den Menschen – Sechs Jahre lokale Geflüchtetenarbeit. Migrant*innen-Organisationen ziehen Bilanz*. Bielefeld: Transcript. S. 109.

³ Vergl. hierzu die Bilanzierung aus dem Projekt *samo.fa*: Beloe, et al (2025): Nahe bei den Menschen. a.a.O., insbesondere S.74, und auch Bertelsmann Stiftung (Hrsg) 2025: Von Arbeit bis Zusammenleben. Wie Flüchtlingsintegration in Kommunen gelingen kann, Gütersloh

langfristige Verankerung in den kommunalen Strukturen weiterhin unterschiedlich ausgeprägt.

Das vorliegende „Working Paper“ greift diesen Befund auf und nimmt beispielhaft fünf migrantische Verbünde – lokale Partnerorganisationen in den Projekten samo.fa und GLEICH teilhaben – die 2025 ihr zehnjähriges Bestehen erreichen – in den Blick: zwei in ostdeutschen und drei in westdeutschen Städten.

Hierbei wird nun die Blickrichtung verändert. Im Zentrum der bisherigen Projektarbeit standen Ansatz, Qualität, Systematik, Organisation und Kontinuität des lokalen Beitrags der migrantischen Trägerorganisationen zu gutem Ankommen, insbesondere auch für jene, die sozial besonders verletzlich sind⁴. Die Einbettung dieses Beitrags in eine lokal-kommunale Integrationsinfrastruktur wurde stets mitthematisiert und praktisch verfolgt und war auch Gegenstand von Modellüberlegungen⁵. Jetzt wird ihre Rolle als engagierte migrantische Organisationen in der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur explizit zum Thema gemacht.

Dies soll dazu dienen, stärker in den Blick zu rücken, welches Interesse die Kommunen daran haben (müssten), den Beitrag engagierter Migrant:innen-Organisation am lokalen Integrationsgeschehen dauerhaft und stabil zu sichern.

Nach einer kurzen Skizzierung der „Ausgangslage“ wird im Folgenden mit Hilfe von *Strukturbildern* gezeigt, welche Komplexität die lokal-kommunalen Integrationsinfrastrukturen mittlerweile in großen Städten erreicht haben und darin (bisher) die dort engagierten migrantischen Verbünde „platziert“ sind. Auf dieser Basis wird eine *Typenbildung* („Platzierungstypen“) versucht, die das „Gewicht“ der jeweiligen Platzierung nach verschiedenen Aspekten unterscheidbar machen soll. Schließlich werden in „Überlegungen in 10 Punkten“ Schlussfolgerungen für die weitere Ausreifung lokal-kommunaler Integrationsinfrastrukturen formuliert. *Im Ergebnis ist über die verschiedenen Kommunen hinweg eine heterogene Landschaft integrativ ausgerichteter Strukturen entstanden.*

Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, in welchem Maße die Verbünde in lokale Steuerungs-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen eingebunden sind, welchen Stellenwert sie aus Sicht der kommunalen Akteur:innen einnehmen und wie Kommunen selbst ihre Rolle im Zusammenspiel mit migrantischen Verbünden definieren. Basis der Darstellung bilden Vor-Ort-Gespräche und Interviews mit Verantwortlichen der Kommunalverwaltung, Beauftragten für Migration und Integration sowie den jeweiligen Koordinator:innen der Verbünde und deren kritische Anmerkungen zu den jeweiligen Ausarbeitungen. Zwei größere Arbeitskonferenzen – in Mönchengladbach und in Dresden, an denen auch kommunale Vertreter:innen sowie weitere lokale Akteure teilnahmen – dienten der gemeinsamen

⁴ Siehe zu den verletzlichen Gruppen des Projekts den Fokus der unterschiedlichen migrantischen Träger <https://gleich-teilhaben.de/lokale-traeger/>

⁵ Beloé, Elizabeth et al (2025) *Nahe bei den Menschen*. Insbesondere Kapitel 10: Geflüchtetenarbeit und das Lokale der Einwanderungsgesellschaft. Auf dem Weg zu einem kommunalen Modell, S. 199-216.)

kritischen Diskussion zum Feld der „lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur“. Die nachfolgenden fünf Fallskizzen stehen für fünf unterschiedliche Szenarien kommunaler Zusammenarbeit. Sie illustrieren, wie migrantische Verbünde zu stabilen Partnern lokaler Integrationsarbeit werden können, unter welchen Bedingungen ihre Expertise zum Tragen kommt und welche kommunalen Rahmenbedingungen ihre nachhaltige Rolle fördern oder hemmen. Die typologischen Vorschläge sollen Kommunen wie Verbünden gleichermaßen Orientierung bieten und zugleich eine fachliche Grundlage schaffen, um die Rolle von Migrant:innen-Organisationen in der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur künftig klarer, systematischer und wirksamer zu verankern.

2. Ausgangspunkte

Das Projekt GLEICH teilhaben ging und geht – wie auch schon das Vorgängerprojekt samo.fa – von der gut begründeten Prämisse des Lokalen – dort, wo die Menschen leben – als zentraler Integrationsarena aus.

Im Projekt GLEICH teilhaben geschieht dies praktisch und zugleich exemplarisch für jene Gruppen geflüchteter Menschen, die als sozial besonders verletzlich, also vulnerabel, eingeschätzt werden müssen (vergl. hierzu auch: www.gleich-teilhaben.de). Folglich ging es in dem bundesweit koordinierten Projekt zunächst und vor allem darum, geflüchtete Menschen, die sozial besonders verletzlich sind, so zu unterstützen, dass sie möglichst selbstständig ihr Leben gestalten können.

Die Projekte der letzten Jahre haben nun dazu beigetragen, dass sich die beteiligten Migrant*innen-Organisationen ihrer Rolle als Gedächtnis, Erfahrungs- und Kompetenzpool immer mehr bewusstgeworden sind. Lokale Verbünde demokratischer Migrant*innen-Organisationen sind hierbei besonders wertvoll, weil sie aufgrund der Vielfalt ihrer Mitgliedschaften einen besonders großen Reichtum an unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen besitzen. Darüber hinaus sind sie mit ihrem herkunftsübergreifenden, respektvollen und demokratischen Charakter, die sich über gute Lebensverhältnisse für alle vor Ort engagieren, sind selbst eine Art Modell friedvollen und produktiven Zusammenlebens.

Sie sind also nicht nur Ankommensspezialisten, sondern auch Teilhabe- und Demokratieförderer. Integration und Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe sind zwei eng miteinander verbundene, aber auch unterschiedliche Handlungsfelder. Während Integration den erfolgreichen Prozess des Ankommens bezeichnet, geht es bei den Angekommenen um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Mittlerweile ist weithin anerkannt, dass Migrant*innen-Organisationen eine zentrale Bedeutung für „wirksame Integration und soziale Inklusion“ haben. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie auf lokaler Ebene tätig sind *und* miteinander zur Verbesserung der Lage von Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte kooperieren.

Das ist für die beteiligten lokalen Migrantenorganisationen und ihre hauptberuflichen und

ehrenamtlichen Aktiven eine schwierige Aufgabe, die sie nicht allein, sondern nur als aktiver Partner lokaler Unterstützungsnetzwerke bewältigen können. Sich kooperativ in schon bestehende Netzwerke einzubringen oder diese selbst zu initiieren oder zu erweitern, gehörte ebenfalls zu den Aufgaben, um die es im Projekt GLEICH teilhaben ging. Dabei konnte zum Teil an jene Kooperationsstrukturen angeknüpft werden, die in den Jahren zuvor – auch durch vielfältige Aktivitäten aus dem Projekt samo.fa – entstanden waren.

Im Jahr 2025 lag der Fokus auf Verstetigung, Transfer und Nachhaltigkeit. Hierbei zeigte sich erneut, dass Verstetigung und Nachhaltigkeit *nicht* allein von den engagierten Migrant:innen-Organisationen erbracht werden können, sondern in hohem Maße von lokalen Vernetzungen, einer pro-aktiven Haltung der Kommunen selbst und einer darin verankerten anerkannten Rolle der engagierten Migrant:innen-Organisationen abhängig sind.

Die solide und dauerhafte Einbettung in die lokal-kommunale Integrationsinfrastruktur wird damit zur entscheidenden Frage, ob der migrantische Beitrag in ausreichendem Maße in Wert gesetzt werden kann – und damit auch die bestehenden lokal-kommunalen Integrationsinfrastrukturen wirksam entlasten würden.

Unter Integrationsinfrastruktur verstehen wir lokal-kommunale Netzwerke in ihrer Vielschichtigkeit aus kommunalen Leistungen, Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Unterstützungssystemen, bei denen Migrant*innen-Organisationen inzwischen oftmals eine wichtige Rolle einnehmen. Bei der Rede von „Infrastruktur“ ist ein gewisses Maß an stabilen wechselseitigen Bezügen und Kommunikationen ebenso vorausgesetzt wie eine Art strategischer Grundorientierung und kommunaler Koordinierung. Für ein wirksames und nachhaltiges Engagement von Migrant:innen-Organisationen im Feld von Ankommen-Integration-Teilhabe sind ihre faire Einbettung in eine *gestaltete* lokale Integrationsinfrastruktur und darin eine pro-aktive kommunale Haltung zu ihnen von besonderer Bedeutung.

Während sich bisher der Blick vor allem darauf richtete, welchen Beitrag migrantische Organisationen wie zu gutem Ankommen und Integration dauerhaft leisten können und über welche Voraussetzungen sie hierfür verfügen – was sie also „unverzichtbar“ macht –, soll nun danach gefragt werden, wie lokal- kommunale Integrationsinfrastrukturen und die für ihr Funktionieren zentralen koordinierenden, kommunikativen und Ressourcen-bezogenen Prozesse beschaffen sein müssten, um den Beitrag von engagierten Migrant:innen-Organisationen voll wirksam werden und dauerhaft absichern zu können. Der nun erreichte Projektstand – auch im Sinne einer intern sehr engen und fruchtbaren fachlichen Kooperation – bildet hierfür eine Basis, an die angeknüpft werden kann.

Im Zuge der langjährigen bundesweiten Projektarbeit, die durch die kontinuierliche Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration möglich wurde, entstand ein „Modell“ der lokalen Geflüchtetenarbeit von Migrant*innen-Organisationen. Diesem Modell ist unterlegt, dass es sich beim Ankommen

um einen langwierigen und schwierigen sozialen Prozess handelt, der durch niedrigschwellig gut erreichbare und Vertrauen schaffende Unterstützungsstrukturen begleitet werden muss. Insofern scheint uns das „Modell“ auch auf andere An kommende, wie zum Beispiel auf Arbeitsmigrant:innen, übertragbar zu sein. Es basiert auf zwei Kernprinzipien: kooperative und arbeitsteiligen Netzwerkstrukturen und eine zyklische Arbeitsweise. Die Netzwerkstrukturen schaffen eine stabile Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Migrant:innen-Organisationen, Kommunen und weiteren Partner:innen, wodurch ein belastbares Unterstützungsnetzwerk entsteht. Die zyklische Arbeitsweise gewährleistet eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung von Zielen und Maßnahmen, was Transparenz, Plastizität und bedarfsgerechte Weiterentwicklung sicherstellt.

Zur Umsetzung gehören regelmäßige Netzwerksitzungen, Info-Formate, jährliche Dialogkonferenzen sowie die Berichterstattung an den Stadtrat, die den demokratischen Diskurs stärkt und die Integrationsarbeit kommunal weiter verankert. Dieses praxisorientierte und anpassungsfähige Modell hat sich auch als geeignet für die Arbeit mit *vulnerablen Gruppen* erwiesen, da es spezifische Bedarfe – wie kultursensible Pflege oder besondere Bildungsangebote – integriert.

Aus der Perspektive der Gestaltung einer lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur stellt sich damit die Frage, wie dieses aus der Handlungsperspektive von engagierten Migrant:innen-Organisationen entstandene Handlungsmodell zu einem wirksamen stabilen Teil der Infrastruktur werden kann.

3. Strukturbilder

In diesem Abschnitt werden die lokal-kommunalen Integrationsinfrastrukturen von fünf Städten ins Zentrum gerückt, in denen migrantische Verbünde seit 2016 Partner der Projekte samo.fa und GLEICH teilhaben sind: Dortmund, Mönchengladbach, Nürnberg und Dresden und Halle(Saale), also drei west- und zwei ostdeutsche Großstädte.

Die folgenden Strukturbilder sind als analytisches und zugleich normatives Instrument gedacht und nicht (schon) Abbild der Realität. Sie sind also kein deskriptives Organigramm bestehender Verhältnisse, versuchen aber, sich ihnen zu nähern. Entstanden sind sie in einem gemeinsamen Arbeitsprozess, in dem ins Zentrum gerückt wurde, die vorhandene lokal-kommunale Integrationsinfrastruktur zu beschreiben und ihre „Funktionsweisen“ nachvollziehen zu können.

Zum Verständnis der „Schaubilder“ ist wichtig:

- **Zunehmende Komplexität:** Die kommunale Integrationsinfrastruktur ist in den letzten zehn Jahren deutlich komplexer geworden. Immer mehr Akteur*innen, Programme und Ebenen greifen ineinander. Die Grafiken dienen dazu, diese Komplexität überhaupt erst überschaubar und diskutierbar zu machen.
- **Trennung von Ebenen:** Die gestrichelte Linie im Schaubild markiert bewusst die Trennung zwischen politisch-strategischer Steuerung und operativer

Integrationspraxis. Oberhalb liegen strategische Entscheidungen und politische Verantwortung, unterhalb die konkrete Arbeit von Verwaltungen, Wohlfahrtsverbänden und Praxisakteuren.

- *Rolle migrantischer Verbünde:* „Blaupause“ für die Schaubilder ist ein Modell lokaler Zusammenarbeit, das in unserem Buch „Nahe bei den Menschen“ vorgestellt wurde. Was die realen „Infrastrukturen“ betrifft, führt dies zu einer Verzerrung: die „migrantische Koordinierung“, die den lokalen Trägern von GLEICH teilhaben zugeschrieben wird, erscheint so mit einem größeren Gewicht, als es zumeist real vorhanden ist. Die Darstellung migrantischer Verbünde als koordinierende Akteure ist ausdrücklich vom Potenzial her gedacht. Sie beschreibt nicht, wie es überall ist, sondern formuliert einen Anspruch: Verbünde könnten – aufgrund ihrer breiten Vereinsbasis, Community-Nähe und Expertise – eine besondere Vermittlungs- und Koordinationsfunktion im System übernehmen – und tun dies zum Teil auch schon. In der Realität variiert dieser Koordinationsgrad jedoch stark von Kommune zu Kommune. Was immer schon gilt: als Verbünde bzw. als Verbundnetze bringen sie immer schon koordinativ eine Vielzahl von migrantischen Vereinen ein.
- *Keine Gleichsetzung mit Macht oder Ressourcen:* Die grafische Hervorhebung migrantischer Verbünde bedeutet nicht, dass diese faktisch über ausreichende Ressourcen oder formale Steuerungsmacht verfügen. Im Gegenteil: Es ist deutlich, dass viele Verbünde trotz zentraler Rolle *finanziell prekär und projektabhängig* bleiben.
- *Zentrale Steuerungsfrage:* Die entscheidende Frage, die die Strukturbilder aufwerfen lautet: *Wie gelingt kommunale Steuerung unter Bedingungen von Vielfalt, historisch gewachsenen Strukturen und unterschiedlichen institutionellen Logiken?* Die Grafiken sollen helfen, genau diese Steuerungsproblematik sichtbarer zu machen.

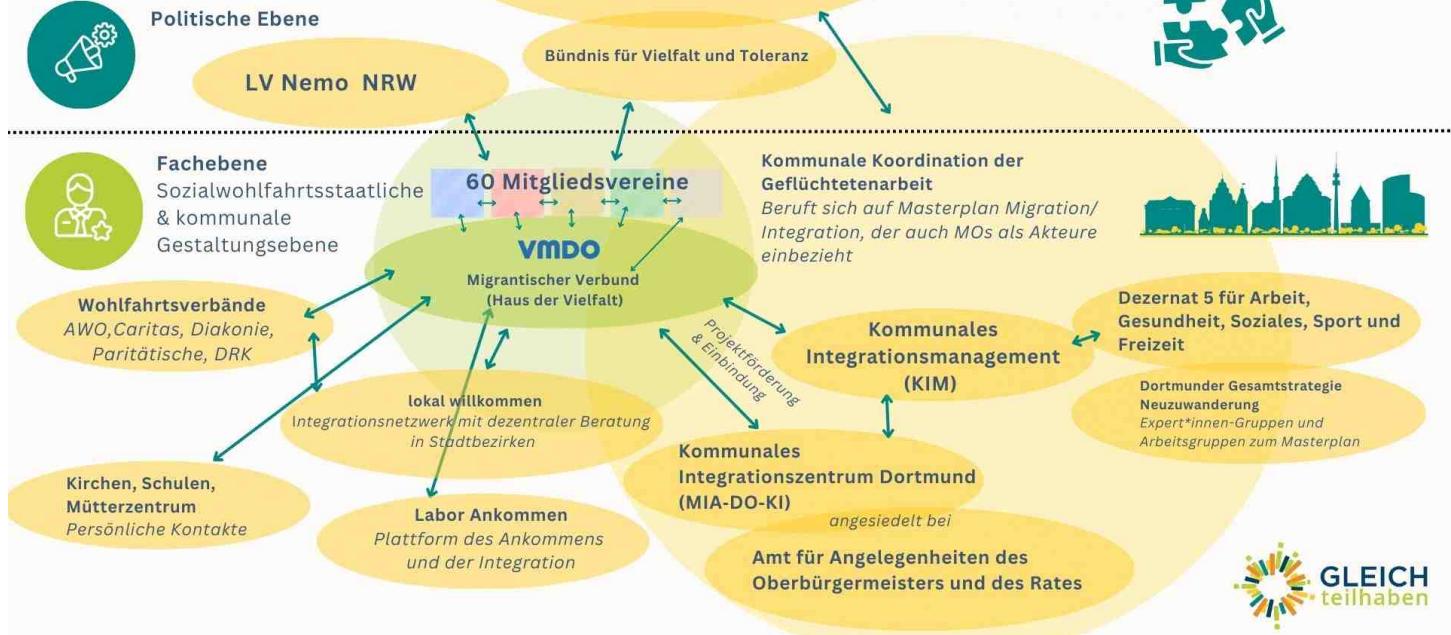
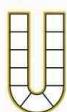
Die Schaubilder sind also Arbeits- und Reflexionswerkzeug, das Spannungen, Lücken und Potenziale der kommunalen Integrationsinfrastruktur offenlegen – nicht als fertige Lösung, sondern als Grundlage für eine strategische Weiterentwicklung des Zusammenspiels von Kommune und migrantischen Organisationen.

3.1. Dortmund

(*Migrantischer Verbund*) Der Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund (VMDO e.V.) hat eine besonders starke Position und ist mit dem „Haus der Vielfalt“ – einer wichtigen Begegnungsstätte in zentraler Lage – gut in die lokal-kommunale Integrationsinfrastruktur eingebunden. Der VMDO wurde 2016 gegründet, ist ein Verbund von 60 Mitgliedsvereinen und Träger einer größeren Zahl lokaler sozial-wohlfahrtlicher und Bildungs- und Kultur-Projekte. Seit 2016 ist der VMDO lokaler Partner des Vorgängerprojekts *samo.fa* gewesen und war mit Geschäftsführer Dr. Ümit Koşan auch im Leitungsteam präsent.

Integrationsinfrastruktur in Dortmund

614.000 Einwohner*innen,
davon 43% Zuwanderungsgeschichte
(Stand: 2024)



Einige Hinweise:

(Vorgeschichte) Dortmund entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einem bedeutenden Zentrum der Industrialisierung im Ruhrgebiet. Die Stadt profitierte vom Aufstieg der Kohle- und Stahlindustrie, die Dortmund zu einem wichtigen Standort für Bergbau, Eisenverarbeitung und Maschinenbau machte.

Nach 1945 stand Dortmund vor dem Wiederaufbau einer stark zerstörten Industriestadt. Die Nachkriegszeit war geprägt von einem tiefgreifenden Wandel: Der Wiederaufbau der Infrastruktur und der Industrie, insbesondere des Kohlebergbaus und der Stahlproduktion, bildete die wirtschaftliche Grundlage.

Parallel dazu entwickelte sich Dortmund zu einem wichtigen Ziel für Arbeitsmigrant:innen, insbesondere aus Südeuropa (Italien, Griechenland, Türkei), wie im 19. Jahrhundert bereits aus Osteuropa. Dies führte zu einer erheblichen Vielfalt der Stadtbevölkerung.

Krise und Rückzug der Montanindustrie führten zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, gleichzeitig stieg die Bedeutung von Wissenschaft, Dienstleistungen und Technologie. Dortmund blieb Einwanderungsstadt. Heute prägt dies das soziale Gefüge Dortmunds wesentlich, mit vielfältigen Communities und einem starken Engagement für Integration und interkulturellen Dialog.

(Aktuelle Situation) Das Motto der Stadtverwaltung wirbt mit Solidarität: „Für mehr Teilhabe, für mehr Chancengleichheit, für Integration und für ein engagiertes Miteinander.“⁶ Das Kommunale Integrationszentrum Dortmund (MIA-DO-KI) – im Rahmen landesgesetzlicher Grundlagen vom Land kofinanziert – gehört zum Amt des Oberbürgermeisters und versteht Integration als Querschnittsaufgabe: Die Stadt Dortmund fördert Integration als Querschnittsaufgabe mit drei Schwerpunkten: Unterstützung von Migrantenorganisationen und bürgerschaftlichem Engagement, Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Betrieben und Angebote und Organisation von ehrenamtlichen Sprachmittlungspools sowie vielfältigen Fach- und Kulturveranstaltungen. Eine wichtige Grundlage der Dortmunder Integrationsarbeit ist der Masterplan Migration/Integration⁷, der seit 2005 Integration als eigenständiges Handlungsfeld der Stadt etabliert und Verwaltung sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen in einem partizipativen Prozess zusammenführt und seit 2023 weiterentwickelt wird. Der Dortmunder Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration besteht aus 27 Mitgliedern, von denen 18 direkt von den Bürger*innen und 9 aus dem Stadtrat gewählt werden, wodurch eine enge Verbindung von Kommunal- und Integrationspolitik entstehen soll.

(Besonderheiten & offene Fragen) Das dem Sozialamt zugeordnete Modellprojekt „lokal willkommen“⁸ ist in Kooperation mit unterschiedlichen Wohlfahrtsverbänden und dem VMDO in verschiedenen Stadtteilen angesiedelt, um das Ankommen in den Quartieren zu begleiten. Der VMDO hat 2025 mit dem Projekt "KULSA – Kultursensible Seniorenarbeit" den Integrationspreis der Stadt Dortmund erhalten.

3.2. Mönchengladbach

(Migrantischer Verbund) Das Schaubild ist ein Entwurf. Er ist – wie die anderen auch – als Versuch zu verstehen, den Blick zu öffnen und den Platz, den der migrantische Verbund „Verband für Kulturen & Integration“ (VKI e.V.) in der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur faktisch einnimmt, besser zu verstehen. Zum VKI, 2018 gegründet, gehören mittlerweile 16 Vereine, in denen Menschen verschiedener Herkunft Mitglied sind. Seit 2016 ist der VKI lokaler Partner des Vorgängerprojekts samo.fa gewesen.

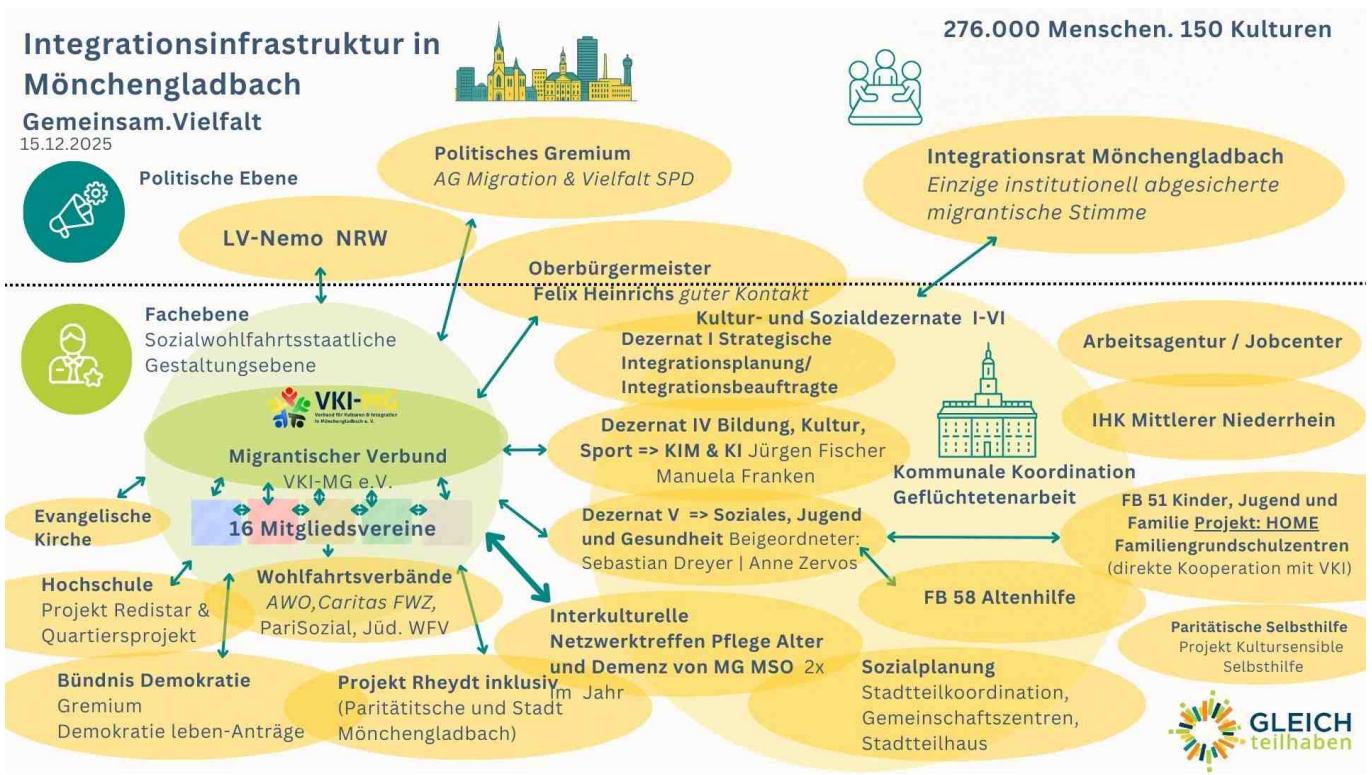
Helmut Thommessen, Leitung Integrationsagentur AWO:

„Die Zusammenarbeit mit dem Verbund VKI steht für eine neue Qualität lokaler Integrationsarbeit. Hier arbeiten Wohlfahrtsverbände und migrantische Selbstorganisationen nicht nebeneinander, sondern gemeinsam – auf Augenhöhe, mit gegenseitigem Vertrauen und klarer Verantwortung. Diese Partnerschaft stärkt die Quartiersarbeit, erreicht Menschen, die wir allein nicht erreichen würden, und ist ein Modell dafür, wie nachhaltige Teilhabe in Kommunen gelingen kann.“

⁶ <https://www.dortmund.de/themen/>

⁷ <https://www.dortmund.de/themen/integration/masterplan-migration-integration/>

⁸ [https://www.dortmund.de/themen/integration/lokal-willkommen/?](https://www.dortmund.de/themen/integration/lokal-willkommen/)



Einige Hinweise:

(*Vorgeschichte*) Mönchengladbach, am Niederrhein gelegen, war ein Zentrum von Textilindustrie und Maschinenbau, und von der Krise der Textilindustrie und einem tiefgreifenden Strukturwandel betroffen, mit der Folge auch einer Verringerung der Einwohnerzahl. Die starke „Gastarbeiter“-Zuwanderung bis zum Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts prägte die Kultur der Stadt auch schon vor dem für NRW wichtigen Teilhabe- und Integrationsgesetz mit, das 2012 verabschiedet wurde. In diesem Zusammenhang wird in Mönchengladbach schon 2012/2013 mit breiter Beteiligung ein Kommunales Integrationskonzept erarbeitet und das Kommunale Integrationszentrum (KI) gegründet. Es ist ko-finanziert vom Land NRW, das 2020 mit der Einführung des „Kommunalen Integrationsmanagements“ (KIM) die bisherige (Förder-)Praxis in Richtung von Case-Management und Vernetzung modifiziert.

(*Aktuelle Situation & Entwicklungen*) Heute sind KI/KIM im Dezernat „Bildung, Kultur, Sport“ angesiedelt. Neue Akzente werden 2021 mit einer gesamtstädtischen Strategie unter der Überschrift „Eine Stadt. Gemeinsam Mönchengladbach“ gesetzt, in der ein Schwerpunkt „Vielfalt & Migration als Ressource“ ist. Die Jahre seit 2020/2021 erscheinen als eine Zeit verstärkter Vernetzung und Zusammenarbeit, bei der der VKI zunehmend ein wichtiger Partner ist, so z.B. neben der Geflüchtetenarbeit auch als Koordinator im Rahmen eines breiten und stadtweit finanzierten Netzwerks zur Unterstützung älterer Menschen mit Einwanderungsgeschichte. In den Fachgesprächen, die im Rahmen von GLEICH teilhaben zur

Entwicklung der Integrationsinfrastruktur in Mönchengladbach geführt wurden, wurde deutlich, dass auf städtischer Seite von der aktuellen und zukünftigen Notwendigkeit von „langfristigen Partnerschaften statt kurzfristiger Projektlogik“ ausgegangen wird, und dies ausdrücklich auch mit den engagierten migrantischen Organisationen. Die aktive Beteiligung kommunaler und lokaler Akteure an diesen Gesprächen signalisiert ebenfalls, dass das Interesse und die Bereitschaft zur Kooperation „auf Augenhöhe“ in den letzten Jahren gewachsen sind, nicht zuletzt auch durch die stetige Initiative und Engagementbereitschaft des VKI und anderer Vereine selbst.

(*Besonderheiten*) In Mönchengladbach ist die „koordinierende Zuständigkeit“ auf zwei Dezernate verteilt, u.z. strategisch und operativ, was nicht unproblematisch sein kann, wenn die Verknüpfungen nicht sorgfältig geregelt sind. Das VKI kommt gewissermaßen „von der Seite“, nämlich aus auf Zusammenarbeit angelegten Projekten, wobei sich mit dem „Interkulturellen Netzwerk Alter, Pflege und Demenz“ (Verband der Ersatzkassen insgesamt 90.000€ für drei Jahre) möglicherweise ein Modell entwickelt, das auch für andere Handlungsfelder anwendbar ist. Wo im Schaubild „Migrantische Koordination (VKI)“ steht, handelt es sich bisher eher um das aktive Stiften von Zusammenarbeit.

Jürgen Fischer (Leitung KI Mönchengladbach):

„Starke Netzwerke zwischen Kommune, Trägern und migrantischen Organisationen wie dem Verbund VKI sind der Schlüssel zu nachhaltiger Integration.“

3.3. Nürnberg

(*Migrantischer Verbund*) Das Strukturbild zeigt aus der Perspektive des BV NeMO das Potenzial, das der migrantische Verbund MOiN e.V. in der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur in Nürnberg haben könnte. Zu MOiN, 2018 gegründet, gehören 12 jüngere Vereine, in denen Menschen verschiedener Herkunft Mitglied sind. 2018 hat MOiN als lokaler Partner des Vorgängerprojekts samo.fa die Trägerschaft vom Interkulturbüro der Stadt Nürnberg übernommen, das diese zum Start des Projekts hatte.

Martina Schuster (Bildungsbüro Nürnberg):

„MOiN ist für uns ein unverzichtbarer Kooperationspartner, weil der Verband Zugänge schafft, die wir als Stadt allein nicht erreichen. Sie bringen die Perspektiven zugewanderter Menschen ein, öffnen Türen in Communities, die große Einrichtungen oft gar nicht erreichen, und vermitteln Orientierung dort, wo Menschen sonst isoliert blieben. MOiN bietet Räume, in denen sich Menschen verstanden fühlen, Selbstwirksamkeit entwickeln und Schritt für Schritt ihren Platz in der Gesellschaft finden. Diese Brückenfunktion ist weit mehr als die Summe einzelner Beispiele – sie ist eine strukturtragende Stärke für Nürnberg.“

Integrationsinfrastruktur in Nürnberg Stadt der Menschenrechte

(15. Dezember 2025)



546.400 Personen aus 170 Ländern,
davon 51,6 %Zuwanderungsgeschichte



Einige Hinweise:

(Aktuelle Situation & Entwicklungen) Integration bleibt „Chefsache“ und „Querschnittsaufgabe“ für alle Referate. Das vom Oberbürgermeister einberufene „Kuratorium für Vielfalt & Zusammenhalt“ ist bei ihm selbst angesiedelt. Als festes Gremium der politischen Ebene gibt es den Integrationsrat, der alle sechs Jahre gewählt wird (zuletzt 2022) und sich üblicherweise aus 30 Menschen unterschiedlicher Gruppen zusammensetzt. In der „Koordinierungsgruppe Integration“ sind für die Verwaltung Mitarbeitende aus allen Geschäftsbereichen der Stadt vertreten – die als „kollektive Integrationsbeauftragte“ fungieren – also breit angelegt. Hinzu kommen Mitglieder des Integrationsrats (als politisches Gremium) und der „Kommission für Integration“ als zuständiger Fachausschuss.

Die Stadt Nürnberg hat sich „Integration und Interkulturelle Öffnung“ mit dem eingesetzten „Netzwerk Nürnberger Integration“ auf die Fahnen geschrieben. Dazu gehört der „Arbeitskreis Integration und Migrationsfragen“ (AKIM) als offenes Informations- und Austauschgremium für diejenigen, die in Nürnberger Einrichtungen mit den Themen Integration und Interkulturelle Öffnung beschäftigt sind. Vertreten sind einschlägige lokale Vereine, Wohlfahrtsverbände, Kammern, städtische Dienststellen vor allem aus dem Bildungs-, Kultur-, Schul- und Sozialbereich, Jobcenter, BAMF und weitere Einrichtungen. Der AKIM tagt zwei Mal im Jahr. Die Geschäftsführung liegt beim Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg im Rahmen der Koordination des Integrationsprogramms. Auch Moin e.V. ist dort vertreten.

Grundlage der Verwaltungsarbeit sind die „Leitlinien zur Integrationspolitik“ mit dem Motto: *Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten.*“ Sie wurden partizipativ erstellt und werden regelmäßig angepasst, zuletzt 2025.

Die Stadt Nürnberg leitet in Kooperation mit fünf freien Wohlfahrtsträgern die „Zentrale Anlaufstelle Migration“ (ZAM), gefördert auf Landesebene vom Bayrischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration. Unabhängig von Status und Unterkunftstyp kann man sich dort beraten lassen.

(*Besonderheiten*) Vor 50 Jahren wurde in Nürnberg der erste „Kulturladen“ eröffnet, von denen es – flankiert von der Stadtpolitik – seither zwölf Einrichtungen gibt, die im Stadtgebiet verteilt sind, worunter die „Villa Leon“ die berühmteste ist. Die Orte sind mit Technik, Probe- und Veranstaltungstechnik ausgestattet und können eigenverantwortlich und nicht-kommerziell von den Bewohner:innen des Viertels kostenfrei genutzt werden. Diese niederschwellige Möglichkeit kulturell Räume zu beleben ist in Deutschland einmalig.

Auch das beim „Amt für Kultur und Freizeit“ angesiedelte Interkulturbüro im Geschäftsbereich der 2. Bürgermeisterin ist eine einmalige kommunale Einrichtung. Es fördert in die kulturelle Vielfalt mit einem Fokus auf Soziokultursatz, bei dem möglichst breite Gesellschaftsschichten erreicht werden sollen – wie unter anderem bei der „Nürnberger Friedenstafel“, die alle zwei Jahre in der „Straße der Menschenrechte“ feiert – am Tag der Verleihung des Friedenspreis‘, der auch vom Interkulturbüro organisiert wird. Teil dieser lokalen Integrationsinfrastruktur ist der herkunftsübergreifende Verbund MOiN e.V.

Einzelfallkommission für ausländerrechtliche Fragen in Nürnberg – Funktion und Transparenz

Die Einzelfallkommission wurde 2020 auf Initiative der CSU- und SPD-Fraktionen im Nürnberger Stadtrat eingerichtet, um den begrenzten Ermessensspielraum der Kommune im Ausländerrecht zugunsten der Betroffenen besser zu nutzen. Ziel ist es, individuelle Härtefälle, die durch die starren gesetzlichen Regelungen entstehen, nachvollziehbar und transparent aufzuarbeiten sowie innerhalb des rechtlichen Rahmens Lösungen und Bleibeperspektiven zu ermöglichen. Arbeitsweise und Mandat:

Die Kommission versteht sich als Anlaufstelle für Personen, die von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen oder anderen ausländerrechtlichen Entscheidungen besonders betroffen sind. Sie arbeitet fallbezogen und versucht, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten humane und pragmatische Lösungen zu finden.

Zusammensetzung und Sitzungen:

Die Kommission tagt regelmäßig viermal jährlich, mit der Möglichkeit zu kurzfristigen Sitzungen bei dringenden Fällen. Ständige stimmberechtigte Mitglieder sind:

- Drei Stadträtinnen und Stadträte
- Leitung des Bürgermeisteramts
- Leitung des Menschenrechtsbüros
- Vertreterin oder Vertreter des Integrationsrates (Geschäftsstelle)

Nicht stimmberechtigte Mitglieder sind:

- Vertreterin oder Vertreter des Amts für Migration und Integration (Stadt Nürnberg)
- Sachverständige/r der Härtefallkommission beim Bayerischen Staatsministerium des Innern

Bei Bedarf werden weitere Expertinnen und Experten eingeladen, z. B. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Arbeitsagentur, dem Sozialamt, der Polizei oder der Regierung von Mittelfranken.

Die Einzelfallkommission arbeitet nachvollziehbar und kooperativ, um die Entscheidungsprozesse offen zu gestalten und den betroffenen Personen eine faire Prüfung ihrer individuellen Situation zu ermöglichen. Durch die Einbindung verschiedener städtischer und externer Akteure wird eine breite Perspektive gewährleistet.

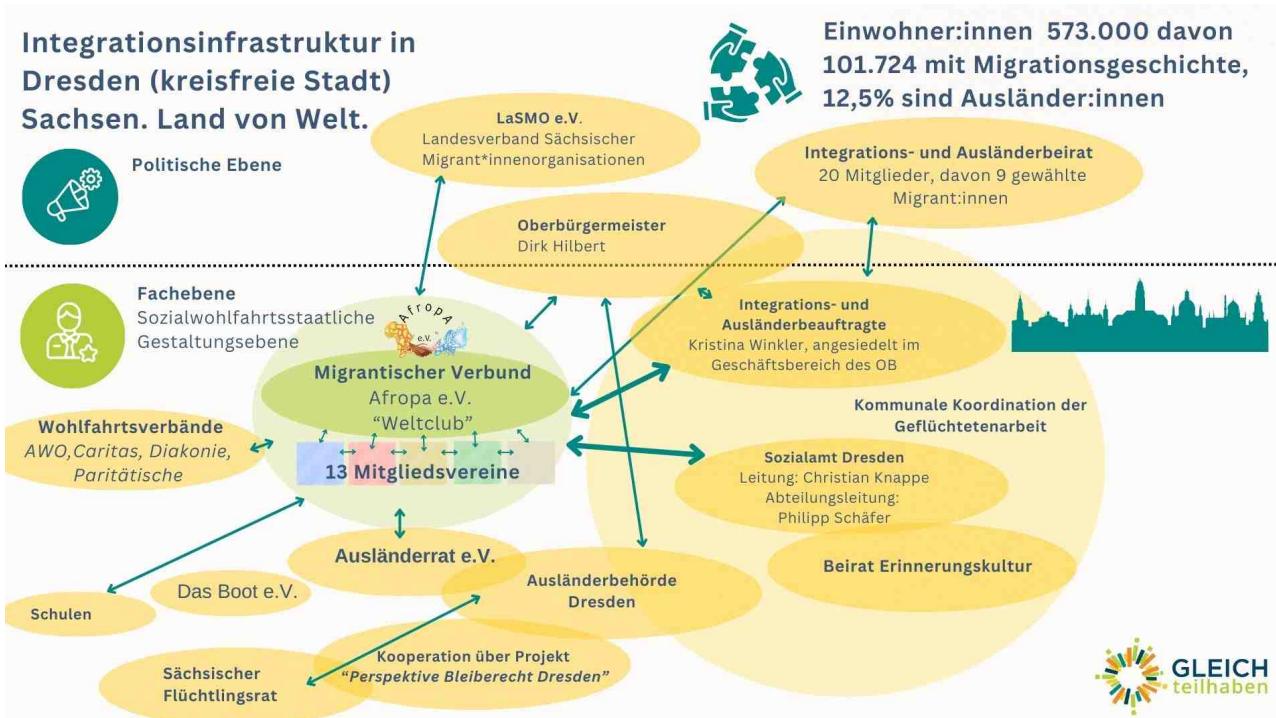
Insgesamt wird deutlich, dass Integrationspolitik vor Ort mehr denn je auf verlässliche Partnerschaften angewiesen ist. Netzwerke müssen gestärkt, Lernschleifen etabliert und Dialogräume geschaffen werden. Vor allem aber braucht es die dauerhafte institutionelle Einbindung migrantischer Verbünde und verlässliche, langfristige Finanzierung. MSO sind nicht nur Projektpartner, sondern demokratiestärkende Akteure, die Menschen Orientierung, Sprache, Rechte und Perspektiven vermitteln – und damit zentrale Funktionen im Ankommen übernehmen, die kein kommunales Amt in dieser Form leisten kann.

Derya Yildirim (Bildungsbüro Nürnberg)

„MOiN ist eine wichtige Brücke für die Stadt Nürnberg, denn ohne solche Vereine würden viele Communities für die Stadt unsichtbar und sprachlos bleiben.“

3.4. Landeshauptstadt Dresden

(Migrantischer Verbund) Afropa e.V. hat mit dem „Weltclub“ ein zentrales Begegnungszentrum im Herzen der Neustadt und nimmt durch die Übernahme der Geflüchtetensozialarbeit und der Trägerschaft von zwei Unterkünften von 2022–2025 in der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur einen wichtigen Platz ein. Zum Verbund Afropa e.V., 2016 gegründet, gehören 13 Vereine mit Menschen unterschiedlicher Herkunft. Seit 2016 ist der Afropa lokaler Partner des Vorgängerprojekts *samo.fa* gewesen.



Philipp Schäfer (Abteilungsleiter Sozialamt Dresden)

„Eine funktionierende Integrationsinfrastruktur lebt von klaren Rollen und verlässlicher Zusammenarbeit. Afropa übernimmt dabei Aufgaben, die Verwaltung und klassische Träger nicht leisten können – insbesondere durch Nähe zu Communities und praxisnahes Erfahrungswissen.“

Einige Hinweise:

(Vorgeschichte) Die Migrationsgeschichte Dresdens ist eng mit politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Stadt verbunden. Schon im 19. Jahrhundert führte die Industrialisierung zu einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften, vor allem aus ländlichen Gebieten Sachsens und benachbarten Regionen.

Während der DDR-Zeit war Dresden überwiegend geprägt von Binnenmigration innerhalb Ostdeutschlands und kontrollierter Zuwanderung aus anderen sozialistischen Staaten, den sogenannten „Vertragsarbeitern“, so z.B. aus Vietnam, Angela, Mosambik oder Kuba.

(Aktuelle Situation) Die Beauftragte für Gleichstellung & Integration ist eine Stabsstelle beim Oberbürgermeister und dadurch bereichsübergreifend initiativ, mit direktem Zugang zu Verwaltungsspitze, Politik und externen Akteur*innen. Als strategische Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik, Migrant*innenorganisationen und Zivilgesellschaft moderiert sie zwischen unterschiedlichen Ressortlogiken und Interessen. Dort ist auch die Gesamtverantwortung für den „Aktionsplan Integration“ (strategisches Dach der kommunalen Integrationspolitik) angesiedelt. Im Sozialamt sind alle wichtigen sozialwohlfahrtlichen Aktivitäten im Feld von Flucht und Migration angesiedelt. Es wiederholt sich

hier also eine Aufteilung in eine eher strategische und eine eher praktisch-alltagsweltliche Ebene.

Kristina Winkler (Integrations- und Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden)

„Die Stärke der Dresdner Integrationsarbeit liegt im Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure. Afropa bringt als migrantischer Verbund spezifische Perspektiven, Zugänge und Expertise ein, die für eine wirksame Umsetzung des Aktionsplans Integration unverzichtbar sind.“

(Besonderheiten) Eine Besonderheit in Dresden ist die projektbezogene Zusammenarbeit zwischen dem Sächsischen Flüchtlingsrat und der Ausländerbehörde Dresden. Das Projekt „Perspektive Bleiberecht Dresden“ unterstützt geflüchtete Menschen dabei, Stabilität zu erlangen und sich in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Dabei bietet das Projekt individuelle Beratung und Begleitung sowie Vernetzung mit lokalen Akteur*innen, um rechtliche, soziale und gesellschaftliche Hürden abzubauen.

Eine weitere Besonderheit ist der Ausländerrat Dresden e.V., der als eine gemeinsame bürgerschaftliche Initiative auch unter Beteiligung von heutigen Afropa-Akteuren vor 35 Jahren entstanden ist und sich zu einem bedeutenden Träger von sozial-wohlfahrtlichen wie auch kulturellen Projekten im Feld von Einwanderung und Integration entwickelt hat und in diesem Sinne auch zu einem wichtigen Partner der Stadt geworden ist. Auf die lokal-kommunale Integrationsinfrastruktur bezogen, ergänzen sich der Ausländerrat als kompetente Trägerorganisation und Afropa mit dem „Weltclub“ und seiner Verankerung in diversen migrantischen Communities.

Olga Sperling (Geschäftsführerin im Ausländerrat Dresden e.V.)

„Afropa ist aus dem Mangel an anerkannten Räumen für migrantische Selbstorganisation hervorgegangen – einer Leerstelle, die über Jahre Teil der Dresdner Integrationsrealität war. Die starke Community-Verankerung ist dabei kein Zusatz, sondern eine grundlegende Voraussetzung für wirksame und gerechte Integrationsstrukturen vor Ort.“

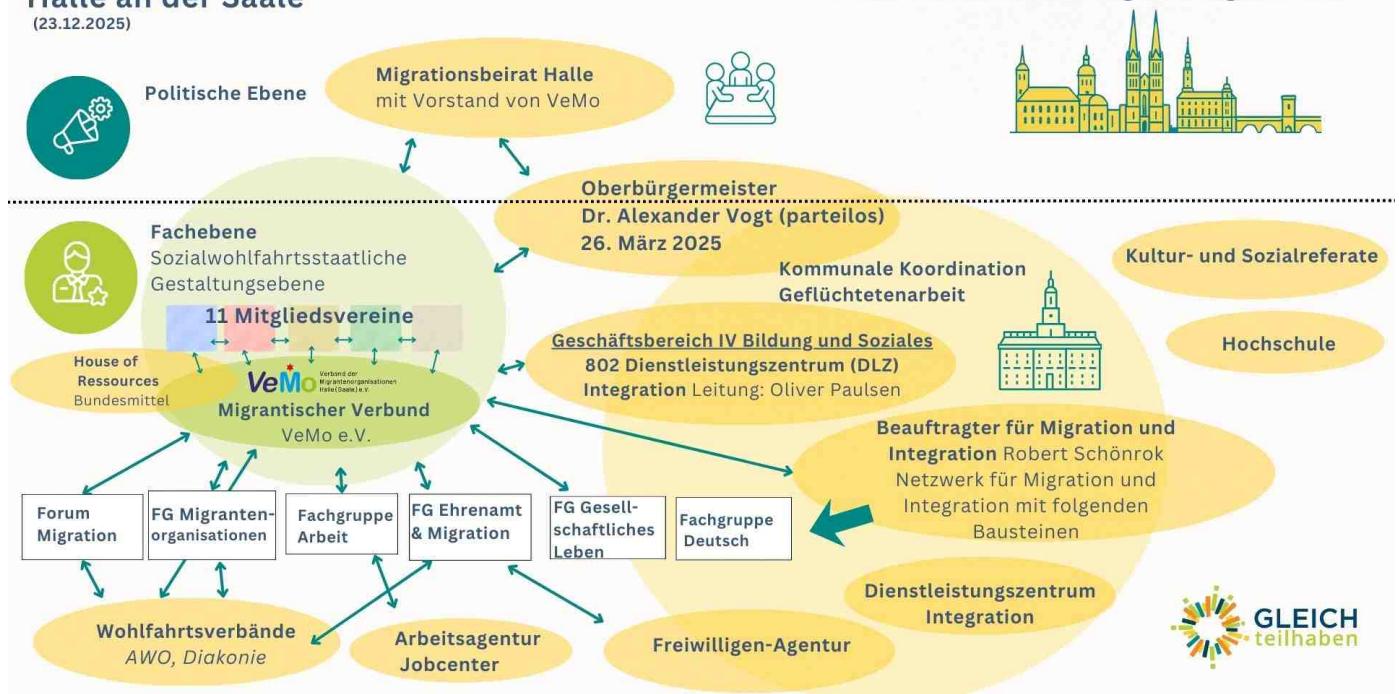
3.5. Halle an der Saale

(Migrantischer Verbund) Der „Verband der Migrantenorganisationen Halle e.V.“ (VeMo) hat sich im Frühjahr 2015 zur Stärkung der lokalen Struktur der in Halle ansässigen Migrantenorganisationen gegründet und feiert dieses Jahr 10jähriges. Im Schaubild wird deutlich, dass der Verbund – anders als in anderen Kommunen – in allen Fachgruppen des Beauftragten für Migration und Integration fest eingeplant ist und damit ein fester Ansprechpartner zum Thema Migration, MSO, Arbeit, Ehrenamt, Gesellschaftliches Leben und Deutsch als Fremdsprache. Mit 11 Mitgliedsvereinen und 9 Einzelpersonen ist VeMo e.V. seit 2016 lokaler Partner des Vorgängerprojekts samo.fa gewesen.

Integrationsinfrastruktur in Halle an der Saale

(23.12.2025)

Einwohner:innen: 243.000 davon 18%, also 44.700 Menschen mit Migrationsgeschichte



Robert Schönrok Beauftragter für Migration und Integration der Stadt Halle (18.11.2025)

„Stadtverwaltung und VeMo könnten jeweils für sich arbeiten – aber wirklich stark werden wir erst in der Zusammenarbeit. Gemeinsam erreichen wir mehr Menschen, schärfen Themen passgenauer und tragen Wissen dorthin, wo es gebraucht wird. VeMo bringt Perspektiven und Zugänge ein, die uns fehlen, und wir ergänzen dies durch unsere städtischen Strukturen und Steuerungsfunktionen. Dieses Zusammenspiel auf Augenhöhe macht VeMo zu einem soliden und fest eingebundenen Kooperationspartner im städtischen Organigramm – nicht als ‚Migrant*innen am Tisch‘, sondern als ein selbstverständlicher Teil unserer Stadtgesellschaft.“

Einige Hinweise:

(Vorgeschichte) Halle an der Saale ist eine der ältesten Städte Mitteldeutschlands mit der ersten urkundlichen Erwähnung 806 und hat als kreisfreie Großstadt 226.767 Einwohner:innen. Ihre Entwicklung ist eng mit Salzgewinnung, Handel und später der Chemieindustrie verbunden. Der historische Kern, geprägt durch die Franckeschen Stiftungen und die Universität, machte Halle schon früh zu einem Bildungs- und Wissenschaftszentrum.

Halle an der Saale beherbergt die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, eine der ältesten Universitäten Deutschlands. Halle ist auch bekannt für die Leopoldina als Nationale Akademie der Wissenschaften, die Politik und Gesellschaft berät und die älteste durchgehend existierende naturforschende Akademie der Welt ist. Nach 1945 wurde Halle zu einem Industriestandort der DDR – insbesondere durch das Chemierevier Leuna/Buna, das zu einem Schlüsselbereich der sozialistischen Planwirtschaft ausgebaut wurde. Dies brachte sowohl Beschäftigung als auch erhebliche Umweltbelastungen. Stadtplanerisch entstanden Großwohnsiedlungen wie Halle-Neustadt, ab den 1960er Jahren als „Stadt der Chemiearbeiter“ errichtet. Halle-Neustadt war eines der größten städtebaulichen Projekte der DDR und wuchs zeitweise auf über 90.000 Einwohner. Die damaligen Vertragsarbeiter aus Vietnam, Angola, Mosambik, Kuba, Polen und Ungarn haben relativ isoliert gelebt – eine aktive Integration in die Gesellschaft fand nicht statt und wurde auch nicht vorgesehen.

(*Aktuelle Situation & Entwicklungen*) Derzeit stellen Menschen aus Syrien, der Ukraine und Rumänien die Mehrheit der Menschen mit Migrationsgeschichte in Halle.⁹ Halle an der Saale hat einen Migrationsbeirat, der aus neun Personen besteht und alle fünf Jahre gewählt wird, unter ihnen auch ein Vorstandsmitglied von VeMo. Der Migrationsbeirat hat laut Homepage der Stadt¹⁰ die Funktion, Migrant:innen durch Integrationsprojekte, im Umgang mit Behörden und Ämtern, bei Bemühungen um Gleichstellung und durch Sprachbegleitung bei offiziellen Terminen zu unterstützen.

Diese alltagsweltlichen Aufgaben scheinen gegenüber seiner politischen Aufgabe zu dominieren, zu der es in der entsprechenden Satzung heißt: „Der Migrationsbeirat nimmt die Interessen der nicht wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten der Stadt Halle (Saale) gegenüber städtischen Gremien wahr.“ (§1 Punkt 3) Die Stadt Halle hat ihre Strukturen in der Verwaltung neu ausgerichtet, um neu Ankommenden ein möglichst gutes Ankommen zu ermöglichen. Explizit genannt werden neben den Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements die Bereiche Wohnen mit dem Fokus auf möglichst rasche dezentrale Unterbringung sowie der Einbindung in Berufstätigkeit. Zentrale Stelle ist das Dienstleistungszentrum (DZL) Integration.

(*Besonderheiten*) Die Stadt hat ein „Migrationsnetzwerk“ aufgebaut, in dem der Beauftragte für Migration und Integration eine transparente Struktur verwaltet, in der MSO fest in den Fachgruppen eingeplant sind. Auf dem Organigramm der Stadt Halle sind Migrant:innen-Organisationen bei allen bestehenden Fachgruppen berücksichtigt. Das Dienstleistungszentrum (DLZ) Integration definiert sich wie folgt:

„Das Dienstleistungszentrum versteht sich als Kompetenzzentrum zu Fragen von Migration, Integration, Demokratie und Prävention. In ihm arbeiten zentrale

⁹ <https://statistik.sachsen-anhalt.de> PM Nr. 110/2024 Statistisches Bundesamt Halle (Saale), 2. Mai 2024

¹⁰ <https://halle.de/leben-in-halle/migration-und-integration/migrationsbeirat>

Ansprechpersonen, die Einwohnerinnen und Einwohner, Initiativen, Vereine und Verbände sowie die Stadtverwaltung bei ihren Anliegen unterstützen. Das Ziel ist ein gleichberechtigter Zugang für alle Menschen zu den Leistungen der Stadt, zu gleichberechtigter Teilhabe am öffentlichen Leben und Beseitigung von Diskriminierung.“

3.6. Einige vergleichende Aspekte

Offensichtliche Gemeinsamkeiten und wichtige Unterschiede der Schaubilder laden zu einer vertieften vergleichenden Analyse ein, die mehr als wünschenswert wäre. Im Rahmen dieses „Working Papers“ muss es bei einigen vergleichenden Aspekten bleiben.

Wichtige Gemeinsamkeiten sind:

- die lokale Integrationsinfrastruktur hat sich in den letzten Jahren (weiter) entfaltet und differenziert und ist (noch) komplexer geworden;
- Integration und Teilhabe – einschließlich der Geflüchtetenarbeit – werden kommunal als eine Daueraufgabe verstanden;
- aktiv engagierte migrantische Organisationen werden seitens der Kommunen neben den Verbänden der freien Wohlfahrt als wichtige Integrationsakteure gesehen, insbesondere auch in ihrer Fähigkeit, ehrenamtlich Aktive zu mobilisieren und „Brücken“ in migrantische Communities zu bilden;
- Verbünde werden zunehmend geschätzt, weil sie herkunftsübergreifend arbeiten und lokal orientiert sind;
- aktiv engagierte migrantische Organisationen – und insbesondere Verbünde – wurden zunehmend in praktischen sozialen Feldern aktiv und haben sich darüber professionell entwickelt;
- ein wichtiger „Motor“ für diese praktisch-soziale Profilierung war seit 2016 Geflüchtetenarbeit, deren bundesseitige Förderung nun ausläuft.

Wichtige Unterschiede sind:

- in welcher Weise auf Seiten der Kommunen die wachsende Komplexität der Integrationsinfrastruktur strategisch und organisatorisch bearbeitet wird;
- ob landesweit Strukturen auf der lokalen Ebene gefördert werden und welche Vorgaben damit verbunden sind;
- ob es neuere kommunale Handlungskonzepte gibt und ob und wie migrantische Organisationen – und insbesondere die bestehenden Verbünde – an ihrer Entwicklung und Umsetzung beteiligt sind;

- ob die praktisch in der Integrationsarbeit engagierten migrantischen Organisationen – und insbesondere die bestehenden aktiven Verbünde – in einer engen Kooperationsbeziehung zu den wichtigen und „mächtigen“ kommunalen Sozialverwaltungen stehen;
- ob die migrantischen Verbünde/verbundähnlichen Netzwerke stabile Kooperationen mit anderen Akteuren der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur – und darin vor allem auch mit den Wohlfahrtsverbänden – aufgebaut haben;
- in welcher Weise und mit welcher Dynamik sich die Verbünde entwickelt haben und welche Rolle sie im lokal-kommunalen Leben spielen;
- ob engagierte migrantische Organisationen/Verbünde eine Strukturförderung durch die Kommune erhalten.

Auf Grundlage der fünf Fallskizzen lässt sich die eingangs formulierte Fragestellung präziser beantworten: Migrantische Verbünde entwickeln sich dort zu stabilen und wirksamen Partnern kommunaler Integrationsarbeit, wo ihre Rolle nicht auf projektbezogene Zuarbeit reduziert bleibt, sondern strukturell anerkannt, institutionell angebunden und strategisch genutzt wird. Die Beispiele zeigen, dass ihre spezifische Expertise – insbesondere ihre Nähe zu migrantischen Communities, ihre vermittelnde Funktion sowie ihr organisationsübergreifendes Wissen – vor allem dann zum Tragen kommt, wenn Kommunen verlässliche Kooperationsformate, klare Zuständigkeiten und langfristige Förderlogiken etablieren. Umgekehrt wird deutlich, dass fehlende Anerkennung, kurzfristige Projektfinanzierung oder unklare Erwartungshaltungen die nachhaltige Entfaltung dieser Potenziale erheblich begrenzen.

Im – vorläufigen – Vergleich wird zugleich ersichtlich, dass kommunale Zusammenarbeit mit migrantischen Verbünden nicht einem einheitlichen Muster folgt, sondern sich entlang unterschiedlicher wiederkehrender Struktur- und Rollenmodelle beschreiben lässt. Genau an diesem Punkt setzt der nachfolgende Versuch einer „Platzierungstypologie“ an: Sie bündelt die empirischen Beobachtungen zu drei Ausprägungen migrantischer Verbünde in der kommunalen Integrationslandschaft. Diese Typen machen sichtbar, unter welchen Rahmenbedingungen Verbünde agieren, welche Funktionen sie jeweils übernehmen und welche Entwicklungslogiken sich daraus ergeben. Sie können damit sowohl Kommunen als auch migrantischen Verbünden als analytisches Raster dienen, um bestehende Kooperationsformen einzurordnen, Entwicklungsbedarfe zu erkennen und zukünftige Zusammenarbeit gezielt weiterzuentwickeln.

4. Platzierungstypen: ein Versuch

Basis für diese Typenbildung ist, dass die beteiligten migrantischen Verbünde/Organisationen im Feld der Geflüchtetenarbeit, aber davon ausgehend auch darüber hinaus, seit 10 Jahren einen Beitrag zur lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur geleistet haben. Es handelt sich also um einen spezifischen Zugangskorridor für die „Platzierung“, nämlich Geflüchtetenarbeit im weitesten Sinne, aber zunehmend ergänzt um weitere sozial-wohlfahrtliche Aktivitäten. Gerade bei großen Verbünden haben sich diese Aktivitäten erweitert, teilweise sogar vervielfältigt. Vor dieser erweiterten faktischen Rolle der engagierten Verbünde wird ihre lokal-kommunale „Unverzichtbarkeit“ hier in drei Dimensionen verortet: praktische soziale Arbeit, Koordination und Beteiligung an (übergreifender) Strategie- und Konzeptbildung. Dies kann in drei „Platzierungskriterien“ übersetzt werden:

- Formalisierungsgrad der Zusammenarbeit,
- Einbindungstiefe in kommunale Steuerung,
- Anerkennung und Förderung als unverzichtbarer Partner.

Je nach Grad und Qualität der Ausprägung dieser Kriterien *und* in ihrer Kombination ergeben sich drei typenmäßig voneinander abgrenzbare Konstellationen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und engagierten migrantischen Verbünden.

Typ I – Symbolisch-kooperativ („Projektpartnerschaft auf Zeit“)

Charakteristik:

- Zusammenarbeit findet anlassbezogen statt (z. B. bei Projektförderungen, Aktionen während starker Einwanderungsphasen wie 2015).
- Migrantische Verbünde werden als „Zielgruppenvertreter“, nicht als Gestaltungspartner gesehen.
- Kommunale Förderung erfolgt projektbezogen, meist zeitlich befristet und abhängig von Landes-/Bundesmitteln.

Typ I – Symbolisch-kooperativ

Ebene	Rolle des migrantischen Verbunds	Kommunale Perspektive
1. Praktische Arbeit	Durchführung einzelner Projekte (z.B. Sprachcafés, Infoveranstaltungen)	nützlich aber austauschbar
2. Koordination	Gelegentliche Teilnahme an Runden Tischen	Keine systematische Einbindung
3. Strategie	Keine formale Beteiligung an Steuerung oder Konzeptentwicklung	Kommune definiert Strategie allein

Beispielhafte Risiken:

- strukturelle Abhängigkeit von Förderzyklen
- Fehlende Verstetigung von Know-how
- Hoher Aufwand für Ehrenamtliche ohne gesicherte Ressourcen

Typ II – Strukturell-kooperativ („Institutionalisierte Partnerschaft“)

Charakteristik:

- Kommunen erkennen migrantische Verbünde als feste Partner in der Integrations- und Geflüchtetenarbeit an.
- Zusammenarbeit ist formalisiert (z. B. über Kooperationsvereinbarungen, Runden Tische, Regelkommunikation).
- Kommunale Förderung beinhaltet institutionelle Zuschüsse oder Mitfinanzierung koordinierender Stellen.

Typ II – Strukturell-kooperativ		
Ebene	Rolle des migrantischen Verbunds	Kommunale Perspektive
1. Praktische Arbeit	Übernahme kontinuierlicher Aufgaben (z. B. Begleitung von Familien, Kulturmittlungsangebote)	Entlastet Verwaltung, erreicht Zielgruppen besser
2. Koordination	Beteiligung an Fallsteuerung und Netzwerken (z. B. mit KIM, Sozialamt, Jobcenter)	Verbund gilt als verlängerter Arm der Integrationsarbeit
3. Strategie	Mitsprache in kommunalen Integrationskonzepten, Beteiligung an Integrationsbeirat	Expertise anerkannt, aber noch unter kommunaler Leitung

Beispielhafte Stärken:

- Hohe Wirkung in der Zielgruppe
- Planbare Ressourcen
- Aufbau von Vertrauen zwischen Verwaltung und migrantischer Selbstorganisation

**Typ III – Partnerschaftliche Steuerung auf Augenhöhe
„Strategische Co-Steuerung“**

Charakteristik:

- Geflüchtetenarbeit ist integriert in kommunale Governance-Strukturen auf Augenhöhe, die

gemeinsam mit migrantischen Verbünden gesteuert werden.

- Migrantische Verbünde sind unverzichtbare Akteure mit eigenem Mandat in Planung, Steuerung und Evaluierung.
- Kommunale Förderung erfolgt dauerhaft und strukturell (z. B. institutionelle Förderung, gemeinsame Projektentwicklung, Mitfinanzierung koordinierender Infrastruktur).

Typ III – Steuerung auf Augenhöhe		
Ebene	Rolle des migrantischen Verbunds	Kommunale Perspektive
1. Praktische Arbeit	Trägerverantwortung für Schlüsselsegmente der Geflüchtetenarbeit (z. B. Sprachmittlung, Familienarbeit, Soziale Beratung)	Hohe Effizienz durch kultursensible Umsetzung
2. Koordination	Mitwirkung an Fallkoordination, Netzwerkmanagement, Mitarbeit in Steuerungsrunden z.B. im KIM	Ergänzt kommunale Steuerung durch Wissen aus Communities
3. Strategie	Gleichberechtigte Mitgestaltung kommunaler Integrationsstrategie; Teilhabe in Leitungs- und Lenkungsgremien	Governance auf Augenhöhe – „Ko-Produktion“ von Integrationspolitik

Beispielhafte Wirkungen:

- Nachhaltige Integration durch Vernetzung von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Communities
- Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei Zielgruppen
- Stärkung demokratischer Teilhabe

Ein Vergleich der „Platzierungstypen“ zeigt, dass man sie auch als eine Art von Entwicklungsstufen lesen könnte, von Typ I nach Typ III. Die folgende Übersicht zeigt dies.

Vergleichende Übersicht Typologie migrantischer Verbünde				
Typ	Formalisierte	Förderung	Einbindung	Rolle der migrantischen Verbünde
1. Symbolisch kooperativ	niedrig	projekt-bezogen	sporadisch	Ausführende / Adressaten
2. Strukturell-kooperativ	mittel	teil-institutionell	regelmäßig	Verlässliche Partner
3. Steuerung auf Augenhöhe	hoch	hoch	strategisch	Mitgestaltende Akteure

Engagierte migrantische Verbünde – in welchen Formaten auch immer – sind auf allen Ebenen der lokal-kommunalen Integrationsinfrastruktur notwendig, weil sie:

- **Praktisch** den Zugang zu Zielgruppen sichern, den kommunale Dienste allein nicht erreichen.
- **Koordinativ** Brücken zwischen Verwaltung, Trägern und migrantischen Communities schlagen.
- **Strategisch** gesellschaftliche Perspektiven einbringen, ohne die Integrationspolitik ihre Legitimität verliert.

Dies bedeutet:

- Migrantische Verbünde als **Mitsteuerungsakteure** in Integrationsarbeit anzuerkennen,
- **institutionelle Förderung** und verlässliche Ressourcen langfristig zu sichern,
- und Integrationspolitik als **gemeinsame Gestaltungsaufgabe** von Verwaltung, Zivilgesellschaft und migrantischer Selbstorganisation zu begreifen.

Gezeigt werden sollte, dass kommunale Zusammenarbeit mit migrantischen Verbünden nicht statisch ist, sondern sich entlang konkreter politischer, finanzieller und institutioneller Rahmenbedingungen bewegt. Die Fallskizzen zeigen dabei, dass Kommunen durchaus zwischen den Typen changieren können – abhängig von Förderlogiken, Prioritätensetzungen und der Stabilität koordinierender Strukturen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Beispiele vorläufig so einordnen: VKI Mönchengladbach, VMDO Dortmund und VeMo in Halle an der Saale entsprechen überwiegend dem Typ II der strukturell-kooperativen Zusammenarbeit. In diesen Kommunen werden migrantische Verbünde grundsätzlich als feste Partner anerkannt, es bestehen formalisierte Austausch- und Kooperationsformate, und zumindest Teile der Koordinationsarbeit sind institutionell oder teilinstitutionell abgesichert. Gleichzeitig bleiben jedoch strategische Mitsteuerung und dauerhaft abgesicherte Ressourcen begrenzt, sodass der Schritt hin zu einer partnerschaftlichen Co-Steuerung (Typ III) bislang nicht vollzogen ist, aber vor allem von VeMo und dem VMDO angestrebt wird.

Dresden nimmt eine ambivalente Position ein: In seiner grundsätzlichen Ausrichtung und den aufgebauten Kooperationsstrukturen wäre die Kommune ebenfalls dem Typ II zuzuordnen. Aktuelle Projektflauten und fehlende Anschlussfinanzierungen führen jedoch faktisch zu einer Rückbewegung in Richtung Typ I, da Zusammenarbeit wieder stärker an zeitlich befristete Projekte gebunden ist und zentrale Koordinationsleistungen nicht mehr verlässlich abgesichert werden können.

MOiN e.V. Nürnberg hingegen ist dem Typ I – symbolisch-kooperativ zuzuordnen. Die fehlende regelmäßige kommunale Förderung und das Ausbleiben institutioneller Absicherung führen dazu, dass wesentliche Aufgaben auf einzelnen Koordinator:innen lasten. Diese strukturelle Überforderung verhindert sowohl eine nachhaltige Koordination als auch eine strategische Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und macht die Abhängigkeit von kurzfristigen Förderzyklen besonders deutlich.

Aus dieser Einordnung ergibt sich, diese Platzierungs-Typologie nicht nur beschreibend, sondern auch handlungsleitend nutzen zu können.

Die abschließenden „Überlegungen in 10 Punkten“ des Arbeitspapiers knüpfen genau hier an. Sie übersetzen die analytischen Erkenntnisse in konkrete strategische Ansatzpunkte. Ziel ist es, Kommunen dabei zu unterstützen, bestehende Kooperationsformen kritisch zu reflektieren, Übergänge zwischen den Typen bewusst zu gestalten und strukturelle Bedingungen zu schaffen, unter denen migrantische Verbünde ihre unverzichtbare Rolle auf praktischer, koordinierender und strategischer Ebene dauerhaft entfalten können.

5. Überlegungen in 10 Punkten

(01)

Kommunen und engagierte Migrant:innen-Organisationen sind in der lokalen Integrationsarbeit aufeinander angewiesen. Man kann sogar zugesetzt sagen: das Engagement von Migrant:innen-Organisationen ist in der lokalen Integrationsarbeit unverzichtbar. Das, was in neueren Veröffentlichungen „urbane Resilienz“¹¹ in turbulenten Zeiten genannt wird, hängt im Feld der Integration auch vom Engagement von Migrant:innen-Organisationen ab.

Dennoch zeigt sich: Es handelt sich um ein schwieriges Verhältnis – und zwar von beiden Seiten. Und es ist darüber hinaus seit 2015 in Bewegung; Fluchtwanderung in ihren verschiedenen Etappen und die Corona-Krise haben darauf großen Einfluss gehabt. Dennoch werden auf beiden Seiten Bilder konserviert, die der Wirklichkeit hinterherhinken. Ein erster Schritt der erneuten Annäherung wäre, jeweils von der „anderen Seite“ ein realistisches Bild zu gewinnen. Also: Wie ist meine Stadt heute integrationspolitisch aufgestellt? Und: Was machen die engagierten Migrant:innen-Organisationen im Feld von Integration wirklich und unter welchen Bedingungen und welches Potenzial haben sie mittlerweile aufgebaut?

(02)

Welche Bilder müssen u.a. korrigiert werden? Migrant:innen-Organisationen konservieren oftmals eine erhebliche Distanz zur politisch-administrativen Struktur „Stadt“, die aus den schwierigen Erfahrungen von Ankommen und Heimisch-Werden ebenso resultiert wie aus Zuschreibungen anhaltender Fremdheit. Das behindert nicht nur ein Bewusstsein gleichberechtigter Mitbürgerlichkeit, sondern auch die Einsicht, dass für die „Stadt“ Integration unabweisbar notwendig ist, u.a. weil ihr – der „Stadt“ – die Folgen scheiternder Integration „vor die Füße fallen“. Die konservierte Distanz führt oftmals auch in anstehenden Aushandlungsprozessen zu einer Mischung von autoritativer Dankbarkeit, Bescheidenheit

¹¹ Vergl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021: Memorandum Urbane Resilienz, Berlin, und auch: Ratzmann, Nora; Zeković, Denis; Blunert, Janin; Kokonowskyj, Larissa; Nowicka, Magdalena (2024): Chancen statt „Krise“: Resiliente Kommunen im Kontext von Migration, Integration und Teilhabe. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), Berlin.

und gleichzeitiger Kritik an mangelnder „Augenhöhe“. Engagierte Migrant:innen-Organisationen könnten sich also durchaus selbstbewusst als Partner einer „lokal-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft für Integration“ verstehen.

(03)

Auf Seiten der „Stadt“ wird oftmals an einem Bild von Migrant:innen-Organisationen festgehalten, das aus den Frühzeiten der Einwanderung stammt, in dem sie „Heimat in der Fremde“ bedeuteten. Für moderne, aufgeklärte demokratische Migrant:innen-Organisationen geht es aber mittlerweile um die Ausgestaltung des Zusammenlebens und der Teilhabe heute und morgen, also um konkrete Interessen in Städten, in denen wachsende Bevölkerungsteile Einwanderungsgeschichte haben¹².

Im immer noch geläufigen Bild von Migrant:innen-Organisationen wird unterschätzt, welchen Grad an Professionalität in ihren zentralen praktischen, zumeist sozialen, gemeinwesenbezogenen Handlungsfeldern sie erreicht haben und welche faktische Bedeutung die mit ihnen assoziierte „ehrenamtliche“ Arbeit für den Zusammenhalt in der Stadt hat und dabei zugleich die städtischen Ämter und Haushalte entlastet. – Beide treffen sich also viel stärker im Feld gesamtstädtischer Aufgaben und Herausforderungen, als sie voneinander denken. Eine wechselseitige Korrektur der Wahrnehmungen und Zuschreibungen ist erforderlich.

(04)

Jene Migrant:innen-Organisationen, die sich aktiv und bewusst der (Mit-)Gestaltung der lokalen Lebensverhältnisse zugewandt haben, vereinen in sich verschiedene „Funktionen“: sie bleiben Orte der Bewahrung kultureller Herkunftsbezüge und der Erinnerung an den „Plural von Heimat“, sie heben im Sinne eines „kollektiven Gedächtnisses“ die Erfahrungen von Migration, Ankommen und dem erneuten Heimisch-Werden auf, sie pflegen die Verankerung in den jeweiligen Communities und bieten wechselseitige Unterstützung, Schutz und Solidarität, sie bieten Räume und Gelegenheit für Begegnungen in der Stadtgesellschaft und sie sind „Stimme“.

In dem Maße, wie sie sich aktiv im sozialen Bereich engagieren und hierfür auch Förderung einwerben können, werden sie zu Trägern von Projekten, was regelmäßig mit einem Schub an Kompetenzentwicklung und Professionalisierung verbunden ist. Dies sorgt zugleich für Stabilität und eine gewisse Kontinuität in der „ehrenamtlichen“ Arbeit und sichert auf diese Weise auch deren Beitrag. Diese verschiedenen Funktionen verstärken sich wechselseitig und machen ihr „kollektives Sozialkapital“ (Glorius¹³) aus.

Herkunfts- und kulturübergreifende Verbünde von Migrant:innen-Organisationen vereinen diese Funktionen in besonderer Weise und potenzieren ihre Wirkungen durch respektvolle

¹² Vergl. z.B. zur Vielfalt von „Verortungen“ und „Ortsaneignungen“ in lokal-kommunalen Lebenswelten: Mariam Arouna, Ingrid Breckner, Umut Ibis, Joachim Schröder, Cornelia Sylla 2019: Fluchttort Stadt, Wiesbaden.

¹³ Vergl. hierzu: Birgit Glorius 2025: Flucht, Ankommen und sozialer Wandel. Perspektiven für Geflüchtete in der deutschen Aufnahmegesellschaft, Bielefeld.

Kooperation. Aufgrund der Vielfalt ihrer Mitgliedschaften besitzen sie einen besonders großen Reichtum an unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen. Darüber hinaus sind sie mit ihrem herkunftsübergreifenden, respektvollen und demokratischen Charakter selbst eine Art Modell friedvollen und produktiven Zusammenlebens. Verbundarrangements können verschiedene Formen haben, von Arbeitsgemeinschaften für bestimmte Handlungsfelder und Zwecke bis zu Mitgliedsvereinen, wie im Falle der lokalen Verbünde des BV NeMO. Verbundarrangements haben auch für die Kommunen ein großes Potenzial, sodass sie sich als wichtige Kooperationspartner stark anbieten (würden).

(05)

Migrant:innen-Organisationen als Träger von – projektgeförderte – Gemeinwesenarbeit erhielten einen starken Impuls im Zuge der Fluchteinwanderung nach 2015. Mittlerweile haben sich bei einer großen Zahl von ihnen die Aktivitätsfelder ausgeweitet, sei es als Verantwortliche für Übergangseinrichtungen oder in der Flüchtlingssozialarbeit, sei es in Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarkteintritts, oder verschiedene Beratungsstellen und die Bereitstellung sicherer Räume für Begegnungen. Damit treten sie immer stärker – in der Regel mit dem Fokus auf Menschen mit Einwanderungsgeschichte – in wohlfahrtliche Arbeitsfelder ein, die bisher vor allem von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege ausgeführt wurden¹⁴. Das ist durchaus spannungsreich, weil auch die freie Wohlfahrtspflege in Zeiten knapper Haushalte massiv unter Druck steht.

Auf der einen Seite werden sie also den Wohlfahrtsverbänden – auf die lokale Ebene bezogen – ähnlicher, auf der anderen Seite bleibt ein zentraler Unterschied, nämlich ihre Verankerung in den migrantischen Communities, im Falle von Verbünden sogar gleichzeitig in einer größeren Zahl von ihnen. Angesichts der überall wachsenden Anteile von Menschen mit eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte am Gesamt der städtischen Bevölkerung und einer überproportional hohen Konzentration sozialer Risiken bei ihnen ist dies – nämlich die Verankerung in den Communities – ein überaus wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Diese faktischen Veränderungen im wohlfahrtlichen Feld spiegeln sich noch nicht in einem gleichberechtigten Umgang mit den dort aktiven Migrant:innen-Organisationen wider.

(06)

Es macht also Sinn, die lokale Rolle von Migrant:innen-Organisationen nicht mehr pauschalisierend zu diskutieren, sondern nach ihren verschiedenen „Funktionsfeldern“ zu unterscheiden. Hier wird vor allem ihre Rolle in der Gemeinwesenarbeit in den Blick genommen, weniger ihre – ebenfalls wichtige – Rolle als „Stimme für Teilhabe“.

¹⁴ Vergleiche hierzu auch: Mualem, Marie 2024: „Wer ist denn hier zuständig?“ Bundesverbände von Migrantenorganisationen: eine Navigationshilfe. SVR-Studie 2024-5, Berlin.

Im Sinne einer wirksamen kommunalen Integrationspolitik als „Daueraufgabe“ – mit ihren verschiedenen Feldern und Akteuren – ist es empfehlenswert, über einen besonderen Kooperationskorridor zwischen praktisch engagierten Migrant:innen-Organisationen – vorzugsweise in irgendeiner Form im Verbund agierend – und der Kommune nachzudenken. Noch einmal: dies ist nicht mit der Ebene, auf der z.B. die Integrationsräte agieren, zu verwechseln. Hier geht es vor allem um die wohlfahrtliche oder sozial- und integrationspraktische Ebene, auf der die freie Wohlfahrtspflege bereits präsent ist. Hier müsste also das notwendige künftige Zusammenspiel kooperativ gelöst werden.

(07)

Was die Formate einer solchen Kooperation betrifft, finden sich – am Beispiel der Geflüchtetenarbeit – in unserem Buch „Nahe bei den Menschen“ (S. 211ff) erfahrungserprobte Bausteine, eingefasst in eine „zyklische Arbeitsweise“: Erstellung und Aktualisierung von Master- und Handlungsplänen, jährliche Berichterstattung im Stadtrat, jährliche Dialogkonferenzen, die Bereitstellung und den Unterhalt von Begegnungsräumen... Diese Vorschläge bleiben aber schwach, wenn sie zwar von der Seite der Migrant:innen-Organisationen an die Kommune herangetragen, aber nicht Elemente eines gemeinsam vereinbarten Standards werden. Diesem „nice-to-have“, das oft genug von Projektförderung abhängig ist, muss einem „dies ist erforderlicher Teil unserer Integrationsarbeit“ weichen. Es sollte zum Charakteristikum der künftigen gemeinsamen Arbeitsweise werden, also: aushandeln und vereinbaren.

(08)

Ressourcenknappheit auf der kommunalen Ebene, wohin man schaut. Nicht nur die Vertreter:innen aus den kommunalen Spitzenverbänden und nahezu unisono alle Fachleute sind sich einig, dass die Kommunen für die Aufgabe der Integration, der sie nicht ausweichen können, finanziell so ausgestattet werden müssen, dass diese gelingen kann. Auch die engagierten Migrant:innen-Organisationen leiden unter extremer Ressourcenknappheit, die sie stets und – je nach Aktivitätsradius – immer stärker in Abhängigkeit von Projektförderung bringt, ohne dass diese hinreichen würde, das ehrenamtliche Engagement der Vielen einigermaßen zu stützen.

Die Mobilisierung des Potenzials, das die Migrant:innen-Organisationen für Integration und Teilhabe besitzen, setzt aber Kontinuität voraus, die unter den gegebenen Umständen ständig gefährdet ist. Da aber engagierte Migrant:innen-Organisationen im Sinne des lokalen sozialen Zusammenhalts und erfolgreicher Integration – auch bei jenen, die in besonderer Weise sozialen Risiken ausgesetzt sind – unverzichtbar sind, können die Kommunen an der finanziellen Unsicherheit der Migrant:innen-Organisationen überhaupt kein Interesse haben. Es ist – im Gegenteil – von ureigenem kommunalem Interesse, mit dafür Sorge zu tragen, dass Migrant:innen-Organisationen stabil und kontinuierlich arbeiten können. Hier müsste eine Vorkehr getroffen werden, die Abhängigkeiten, wie sie mit Projektförderung oft verbunden sind, vermeidet oder zumindest verringert, damit „Augenhöhe“ gesichert bleibt.



(09)

Mittlerweile teilen viele Förderinitiativen des Bundes, der Länder, aber auch von Stiftungen die Prämissen, dass Integration vor allem „vor Ort“ geschieht, die Kommunen hierbei eine herausgehobene Verantwortung tragen und Migrant:innen-Organisationen für gelingende Integration zumindest wichtig sind. Es handelt sich aber in der Regel um Förderungen, die entweder die Kommunen im Blick haben oder die Migrant:innen-Organisationen, oder wenn beide, dann in konkreten Handlungsfeldern, und nicht auf der Ebene der kooperativen Koordinierung oder Steuerung lokaler Integrationsarbeit. Diese zweigeteilte Förderkulisse ist einer der Gründe dafür, dass sich im konkreten Geschehen vor Ort die bekannten Schieflagen wiederholen, also die Migrant:innen-Organisationen bestenfalls als Anbieter, schlimmer: als Bittsteller erscheinen. Es wäre dringend geboten, eine hierzu alternative Förderkulisse aufzubauen.

(10)

Unabhängig von der Förderkulisse aber wäre es ein großer Schritt nach vorne, wenn sich – wenigstens in einigen integrationsaktiven Städten – Migrant:innen-Organisationen und Kommunen zu einer gemeinsamen Arbeit an einer modernisierten, kooperativen Integrationsinfrastruktur zusammenfinden würden. Unter Integrationsinfrastruktur verstehen wir lokal-kommunale Netzwerke in ihrer Vielschichtigkeit aus kommunalen Leistungen, Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Unterstützungssystemen, bei denen Migrant*innen-Organisationen inzwischen oftmals eine wichtige Rolle einnehmen. Bei der Rede von „Infrastruktur“ ist ein gewisses Maß an stabilen wechselseitigen Bezügen und Kommunikationen ebenso vorausgesetzt wie eine Art strategischer Grundorientierung und kommunaler Koordinierung. Für ein wirksames und nachhaltiges Engagement von Migrant:innen-Organisationen im Feld von Ankommen – Integration – Teilhabe sind ihre faire Einbettung in eine *gestaltete* lokale Integrationsinfrastruktur und darin eine pro-aktive kommunale Haltung zu ihnen von besonderer Bedeutung.

Im Ergebnis der Entwicklungen in den letzten Jahren ist über die verschiedenen Kommunen hinweg eine heterogene Landschaft integrativ ausgerichteter Strukturen entstanden. Bei einer modellhaften Förderung gemeinsamer Weiterentwicklungen einer solchen lokalen Integrationsinfrastruktur könnten Städte mit unterschiedlichen Vorgeschichten, Entwicklungsständen und Rahmenbedingungen Berücksichtigung finden.



GLEICH teilhaben: Geflüchtete lokal empowern, inkludieren und Chancengerechtigkeit herstellen

Ein Projekt vom:



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus